

Kreis Pinneberg · Postfach 25392 · Elmshorn

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt, Natur und Digitalisierung
Mercatorstraße 3
24106 Kiel

Elmshorn, 23.02.2018

**Resolution des Kreistages Pinneberg
zur geplanten Errichtung einer Müllverbrennungsanlage sowie eines Kohlekraftwerkes in Stade-
Bützfleth**

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Habeck,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreistag des Kreises Pinneberg hat in seiner letzten Sitzung am 21.02.2018 mehrheitlich die in der Anlage dieses Schreibens beigefügte Resolution zur geplanten Errichtung einer Müllverbrennungsanlage sowie eines Kohlekraftwerkes in Stade-Bützfleth gefasst.

Ich bitte Sie, das Meinungsbild des Kreises Pinneberg in dieser Angelegenheit im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Stolz
Landrat

Anlage: Resolution des Kreistages Pinneberg

Vorläufiger Auszug aus der Niederschrift

40. Öffentliche Sitzung des Kreistages vom 21.02.2018

TOP 9

Resolution zur geplanten Errichtung einer Müllverbrennungsanlage sowie eines Kohlekraftwerks in Stade-Bützfleth;

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, "Die Linke & Piraten" sowie Herr Schalhorn

Vorlage: VO/FRA.18.393

Frau Dr. Wilms erläutert als Ausschussvorsitzende den Beratungsablauf im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und bittet den Kreistag um Beratung und Beschlussfassung.

Der Kreistag **beschließt** auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, "Die Linke & Piraten" sowie Herr Schalhorn nachfolgende Resolution:

Der Kreistag hält die geplante Errichtung einer Müllverbrennungsanlage sowie eines Kohlekraftwerks in Stade-Bützfleth nicht vereinbar mit dem Schutz der Menschen und der Obstanbaugebiete im Kreis Pinneberg.

Der Kreistag unterstützt die kreisangehörigen Gemeinden in ihrem Bemühen, die geplante Müllverbrennungsanlage sowie das geplante Kohlekraftwerk in Stade-Bützfleth zu verhindern, um die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen und der Umwelt im Kreisgebiet nicht zu gefährden.

In der geplanten MVA sollen jährlich mehr als 200.000 Tonnen, teilweise sogar aus dem Ausland antransportierter Müll verbrannt werden. Die große Kapazität der MVA und die unmittelbare, nur durch die Elbe getrennte räumliche Nähe des Kraftwerkes und der MVA Stade-Bützfleth geben Anlass zur Sorge. Die in der Regel vorherrschenden Westwinde würden einen Großteil des Verbrennungsausstoßes in Richtung Kreis Pinneberg, insbesondere der Marsch-Gemeinden, wehen. Die Emissionen würden die zahlreichen Obstanbaugebiete erreichen, Einzug in die Nahrungskette halten und so zu einer Gefahr für die Gesundheit der Menschen werden.

Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen Verzicht auf diese Industrieanlagen einzusetzen.

Außerdem erwartet der Kreistag von der Landesregierung, die Messstation in Haselau-Altendeich so aufzurüsten, dass ein verlässlicher Vorbelastungswert ermittelt werden kann. Falls es trotz ernsthafter Bemühungen zur Inbetriebnahme der geplanten Anlagen kommen sollte, könnte so eine Zunahme der Schadstoffe in der Luft eindeutig belegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

Nein-Stimmen: 1 (Herr Lohse)

(Protokoll KT 21.02.2018)